Anfragen: Kommunale Unternehmen

hier: Veröffentlichung der Vergütung der Geschäftsführungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Badenschier,

ich bitte Sie als Stadtvertreterin um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Welche gesetzlichen Verpflichtungen bestehen derzeit für die kommunalen Unternehmen die Vergütung und etwaige Zusagen zur betriebliche Altersversorgung der Geschäftsführungen zu veröffentlichen?
2. Soweit gesetzliche oder sonstige Verpflichtungen zur Veröffentlichung gemäß Frage 1 bestehen, wo und sind die kommunalen Unternehmen ihren Handlungspflichten für die Jahre 2019 und 2020 jeweils nachgekommen?
3. Wie hoch waren jeweils die veröffentlichten Vergütungen der Geschäftsführungen und gemachte Zusagen zur betrieblichen Altersversorgung und die gezahlten Aufwandsentschädigungen für die Aufsichtsratsmitglieder der einzelnen, mehrheitlich kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Schwerin in den Jahren 2019 und 2020?
4. Wer entscheidet nach welchen inhaltlichen Kriterien über die Höhe der jeweiligen Vergütungen der Geschäftsführungen und etwaige Zusagen der betrieblichen Altersversorgung sowie die Höhe der gezahlten Aufwandsentschädigungen der Aufsichtsratsmitglieder der kommunalen Unternehmen?

Mit freundlichen Grüßen

Anita Gröger

Der Oberbürgermeister

Frau Anita Gröger
ASK Aktionsgruppe Stadt und Kulturschutz
Severinstraße 28

19053 Schwerin

Hausanschrift: Zum Bahnhof 14 • 19053 Schwerin
Zimmer: 1.07
Telefon: 0385 545-1160
Fax: 0385 545-1159
E-Mail: matthias.dankert@gbv-sn.de

Ihre Nachricht vom/Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom/Unser Zeichen

Ansprechpartner/in
Herr Dankert

Datum
21.09.2021

Anfragen: Kommunale Unternehmen
hier: Veröffentlichung der Vergütung der Geschäftsführungen

Sehr geehrte Frau Gröger,

Ihre Anfrage möchte ich wie folgt beantworten:

1. Welche gesetzlichen Verpflichtungen bestehen derzeit für die kommunalen Unternehmen die Vergütung und etwaige Zusagen zur betriebliche Altersversorgung der Geschäftsführungen zu veröffentlichen?

Kommunale Unternehmen haben den Jahresabschluss nach den im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufzustellen. Nach § 285 HGB ist die Angabe der Vergütung der Geschäftsführung im Anhang eine Pflichtangabe.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaften sind elektronisch beim Betreiber des Bundesanzeigers einzureichen, der diese veröffentlicht.

Über die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe entscheidet die Stadtvertretung in öffentlicher Sitzung, den Vorlagen ist der jeweilige Jahresabschluss beigelegt.

2. Soweit gesetzliche oder sonstige Verpflichtungen zur Veröffentlichung gemäß Frage 1 bestehen, wo und sind die kommunalen Unternehmen ihren Handlungspflichten für die Jahre 2019 und 2020 jeweils nachgekommen?

Die Jahresabschlüsse für das Jahr 2019 sind beim Betreiber des Bundesanzeigers eingereicht und durch diesen veröffentlicht worden.

Für das Jahr 2020 endet die Frist für die Einreichung am 31.12.2021, so dass erst zu diesem Zeitpunkt die Jahresabschlüsse veröffentlicht sein müssen.

3. Wie hoch waren jeweils die veröffentlichten Vergütungen der Geschäftsführungen und gemachte Zusagen zur betrieblichen Altersversorgung und die gezahlten Aufwandsentschädigungen für die Aufsichtsratsmitglieder der einzelnen, mehrheitlich kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt Schwerin in den Jahren 2019 und 2020?

Die jeweiligen Angaben sind in den Jahresabschlüssen enthalten und können dort entnommen werden.

4. Wer entscheidet nach welchen inhaltlichen Kriterien über die Höhe der jeweiligen Vergütungen der Geschäftsführungen und etwaige Zusagen der betrieblichen Altersversorgung sowie die Höhe der gezahlten Aufwandsentschädigungen der Aufsichtsratsmitglieder der kommunalen Unternehmen?

Zur Frage des Vorgehens in Sachen der Anstellungsverträge mit Geschäftsführern möchte ich auf Ziffer 8.7f des Public Corporate Governance Codex für die Landeshauptstadt Schwerin in der Fassung vom 18.04.2016 verweisen.

Die Festsetzung der Sitzungsgelder für die Aufsichtsratsmitglieder erfolgte durch Gesellschafterbeschluss.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rico Badenschier

8.6 Abberufung der Geschäftsführung

- 8.6.1 Die Bestellung von Geschäftsführungsmitgliedern kann jederzeit, unbeschadet etwaiger Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen, von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.
- 8.6.2 Bei einvernehmlichem Ausscheiden eines Mitgliedes der Geschäftsführung bzw. bei Ausscheiden nach Ablauf der Bestellung erfolgt die Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung. Eines vorherigen Votums des jeweils zuständigen politischen Gremiums bedarf es dazu nicht.
- 8.6.3 Scheidet ein Mitglied der Geschäftsführung nicht nach Punkt 8.6.2 aus, wird
- nach Beschlussfassung im Aufsichtsrat eine Entscheidungsempfehlung an die Gesellschafterversammlung abgegeben
 - sodann, entsprechend des in 6.5.4 geregelten Aufgabenkreises der Gesellschafterversammlung, das jeweils zuständige politische Gremium in die Entscheidungsfindung einbezogen
 - bevor die Beschlussfassung über die Abberufung der Geschäftsführung in der Gesellschafterversammlung erfolgt.

8.7 Anstellungsvertrag der Geschäftsführung

- 8.7.1 Das Beteiligungsmanagement zeigt dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin und dem Vorsitz des Aufsichtsrates rechtzeitig notwendige Vertragsverlängerungen der Anstellungsverträge an.
- 8.7.2 Nach einer Abstimmung zwischen Hauptgesellschafter und dem Vorsitz des Aufsichtsrates zur Festlegung des neuen Vertragsrahmens werden die Verhandlungen durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Aufsichtsrates unter Einbeziehung der Geschäftsführung des Beteiligungsmanagements geführt.
- 8.7.3 Die Unterzeichnung der Geschäftsführungsanstellungsverträge erfolgt durch die Aufsichtsratsvorsitzende oder den Aufsichtsratsvorsitzenden, sofern nicht andere Regelungen dem entgegenstehen.
- 8.7.4 In Gesellschaften, die über keinen Aufsichtsrat verfügen, obliegt die Kompetenz zur Entscheidung über den Anstellungsvertrag der Gesellschafterversammlung oder einer von der Gesellschafterversammlung ermächtigten Person.

8.8 Vergütung

- 8.8.1 Der leistungsbezogene Anteil der Geschäftsführervergütung wird vom Aufsichtsratsvorsitzenden unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen in angemessener Höhe festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des Geschäftsführungsmitglieds, seine Leistung sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.
- 8.8.2 Die Gesamtvergütung eines jeden Mitglieds der Geschäftsführung ist individualisiert und aufgeteilt nach fixen und variablen Vergütungsbestandteilen unter Namensnennung im Anhang zum Jahresabschluss offenzulegen.

- 8.8.3 Die jährlichen Aufwendungen zur Altersversorgung sollen unter Angabe der Art der Altersversorgung individualisiert für jedes Mitglied der Geschäftsführung unter Namensnennung im Anhang zum Jahresabschluss offengelegt werden.
- 8.8.4 Die gegenüber ausgeschiedenen Mitgliedern der Geschäftsführung bestehenden Altersversorgungsverpflichtungen sind hinsichtlich der jährlichen Versorgungsleistungen sowie des Gesamtbetrages der erfolgten Rückstellungen ebenfalls im Anhang zum Jahresabschluss anzugeben.
- 8.8.5 Geschäftsführungsmitglieder dürfen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übernehmen.
- 8.8.6 Die geleistete Vergütung der Geschäftsführung ist durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses auf der Grundlage des Geschäftsführervertrages zu überprüfen. Das Ergebnis ist im Prüfungsbericht festzuhalten.

8.9 Regelungen zu Dienstreisen

- 8.9.1 Dienstreisen sind Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte am auswärtigen Geschäftsort. Unter Dienststätte ist der Sitz der Gesellschaft zu verstehen.
- 8.9.2 Inländische Dienstreisen mit einer Dauer von bis zu 3 Tagen gelten generell als genehmigt.
- 8.9.3 Dienstreisen von mehr als 3 Tagen Dauer oder Dienstreisen in das Ausland sind durch die Aufsichtsratsvorsitzende oder den Aufsichtsratsvorsitzenden zu genehmigen.
- 8.9.4 Sofern die Geschäftsführung nicht direkt bei dem Unternehmen angestellt ist, sondern die Geschäfte durch eine Gestellung führt, gelten die arbeitsrechtlichen Regelungen zu Dienstreisen des entsendenden Unternehmens.

8.10 Regelungen zu Urlaub

- 8.10.1 Die Geschäftsführungsmitglieder haben den Urlaubszeitpunkt und die Urlaubsdauer unter Berücksichtigung ihrer Aufgabenstellung und der Belange und Interessen der Gesellschaft zu wählen.
- 8.10.2 Die Inanspruchnahme von bis zu 5 Urlaubstagen gilt generell als genehmigt.
- 8.10.3 Bei einer Dauer von mehr als 5 Tagen ist der Urlaub durch die Aufsichtsratsvorsitzende oder den Aufsichtsratsvorsitzenden zu genehmigen.
- 8.10.4 Sofern die Geschäftsführung nicht direkt bei dem Unternehmen angestellt ist, sondern die Geschäfte durch eine Gestellung führt, gelten die arbeitsrechtlichen Regelungen zu Urlaub des entsendenden Unternehmens.
- 8.10.5 Kann ein Mitglied der Geschäftsführung den Urlaub im Kalenderjahr aus geschäftlichen oder in seiner Person liegenden Gründen nicht oder nicht vollständig nehmen, so kann der Urlaub bis zum 31.03. des Folgejahres übertragen werden.